

Nach langem Warten kann Boldern auf die Landreserven zugreifen

MÄNNEDORF Der evangelische Verein Boldern besitzt oberhalb von Männedorf attraktives Bauland. Bereits seit zehn Jahren möchte er dieses zu Geld machen. Gegen die Erschliessung des Quartiers gab es jedoch erbitterten Widerstand. Nun scheint der Weg frei zu sein.

Es geht um viel Land und um viel Geld. Doch der evangelische Verein Boldern hat lange warten müssen, bis er aus seinem Grundstückbesitz Gewinn ziehen kann. Nun scheint er kurz vor dem Ziel zu sein. Denn die kantonale Bau- und Verkehrsdepartement hat den Quartierplan

gezogen, das einige Leute viel Nerven gekostet hat.

Angefangen hatte es vor zehn Jahren, als das damalige evangelische Tagungs- und Studienzentrum Boldern oberhalb von Männedorf damit liebäugelte, einen Teil seines Lands an Toplage zu verkaufen. Es besass rund 4,5 Hektaren Land, 1,7 Hektaren befanden sich in der Bauzone. Das Problem: Weil die Grundstücke nicht oder nur teilweise mit Wasser und Strom erschlossen waren, konnten sie weder verkauft noch überbaut werden. Um ein Gebiet baureif zu erschliessen, wird in Fällen wie diesem ein amtliches Quartierplanverfahren eingeleitet. Dies geschah auf Begehren des Tagungszentrums.

Überraschung für Anwohner

Bei den Nachbarn sorgte dies jedoch für Unmut. Denn der Quartierplan betraf auch die umliegenden Grundstücke. Die Anwohner sollten sich – so sah es das Gesetz vor – finanziell am Quartierplanverfahren beteiligen. Dabei hatten die meisten von ihnen keine Bauabsichten. Profitieren, sagten sie, würde nur Boldern. Es hagelte Rekurse, 17 insgesamt.

Die Einsprachen wurden abgewiesen, das Verfahren zog sich aber über Jahre dahin. Es gab ein ständiges Hin und Her zwischen Boldern, einzelnen Anwohnern und den Behörden.

In der Zwischenzeit blieb das Land weiterhin eine Grünfläche. Dabei hätte Boldern das Geld, das sich damit erwirtschaften lässt,

dringend nötig gehabt. Umso mehr, nachdem die evangelisch-reformierte Landeskirche 2011 Boldern den Studienbereich entzogen und die finanzielle Unterstützung gestrichen hatte. Der Trägerverein des Tagungs- und Seminarzentrums hatte dadurch mit einem Schlag seine Haupteinkommensquelle verloren. Er ver-

sucht sich seither neu zu positionieren. Eines seiner Standbeine ist weiterhin der Hotelbetrieb, hinzu soll ein ambulantes Traumazentrum für Flüchtlinge kommen.

Finanziell absichern will sich der Trägerverein aber vor allem mit dem Bau von Wohnungen. Wie dies im Detail geschehen soll, ist noch unklar. Der Vorstand hat

eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die helfen soll, «Konzepte für eine sinnvolle Planung zu erarbeiten», wie es im Jahresbericht des Vereins heisst. Er hat dies bereits im vergangenen Jahr getan, als sich schon abzeichnete, dass sich das Land in absehbarer Zeit versilbern lässt.

Michel Wenzler

Insgesamt wurden 17 Rekurse gegen den Quartierplan eingereicht.

Boldern festgesetzt. Gibt es keine Rekurse gegen diesen Beschluss, tritt er in Kraft. Damit würde ein Schlusstrich unter ein Kapitel



Viel Land mit Seesicht besitzt der Trägerverein Boldern oberhalb von Männedorf.

Foto: Manuela Matt

Einstimmig für den Deckel

KANTONS RAT Der Kanton beteiligt sich am Gubrist-Deckel. Mit 168 zu 0 Stimmen wurde der 5-Millionen-Beitrag gestern bewilligt.

Ein Meilenstein für den Bau des Autobahndeckels beim Gubrist-Portal in Weiningen ist gesetzt: Der Kantonsrat hat gestern den kantonalen Beitrag in Höhe von 5 Millionen Franken bewilligt. Damit erhält der Kanton vom Bundesamt für Strassen ein übertragbares Baurecht für die öffentliche Nutzung des Deckels. Dieses Baurecht soll an die Gemeinde Weiningen übertragen werden. Sie plant auf der Überdeckung einen Fuss- und Veloweg sowie den Bau eines neuen Werkhofs und eines Feuerwehrdepots. Die mit dem Bau der dritten Gubrist-Röhre verbundene Siedlungsreparatur war im Kantonsrat unumstritten. Über den Gemeindebeitrag von 3,5 Millionen Franken für den Bau des Rad- und Fusswegs entscheiden die Weinger Stimmberechtigten am 23. September.

Die Gemeinde Weiningen hatte jahrelang für den Bau des Autobahndeckels gekämpft. Pierre Dalcher (SVP, Schlieren) erinnerte daran: 2004 forderte die Gruppe Chance Gubrist unter Führung des damaligen Gemeindepräsidenten Hanspeter Haug (SVP) einen 270 Meter langen Autobahndeckel. Ihre Forderung wurde vom Bund zunächst überwunden. 2014 entschied dann das Bundesverwaltungsgericht zugunsten von Weiningen und verlangte eine 100 Meter lange Autobahnüberdeckung. Der Bund musste einlenken. «Die SVP unterstützt diese Vorlage», sagte Dalcher. Sie nütze nicht nur Weiningen, sondern dem Kanton Zürich und der ganzen Schweiz.

Jonas Erni (SP, Wädenswil) verpflichtete ihm bei: Die Siedlungs-

qualität werde dadurch erhöht. Auch die FDP äusserte sich zustimmend – und benannte die Lehren aus dem langen Rechtsstreit: Bei solchen Projekten seien die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen, so Christian Müller (FDP, Steinmaur). Weil dies beim Gubrist-Ausbau anfangs nicht der Fall war, sei es zur mehrjährigen Verzögerung gekommen.

Nun soll das Gesamtprojekt bis 2025 fertig sein. 2022 fahren nach Zeitplan die ersten Autos durch die dritte, dreispurige Gubrist-Röhre. Dann werden nacheinander die beiden bestehenden, zweispurigen Röhren für Sanierungsarbeiten geschlossen – und bis 2025 wieder geöffnet. Dies erhöht die Kapazität einer der meistbefahrenen, seit Jahren chronisch verstopften Strassen der Schweiz.

Exemplarischer Fall

«Es ist schön, dass sich der lange Einsatz der Bevölkerung gelohnt hat», sagte Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) im Hinblick auf den Autobahndeckel. Sie erhalten nun besseren Lärmschutz, zudem die erwähnten Deckelnutzungen. Es sei eine für alle Beteiligten gütliche Einigung getrof-

fen worden, fügte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) an.

Für Martin Neukom (Grüne, Winterthur) ist der Fall exemplarisch: «Weiningen ist ein Beispiel dafür, welche Kosten der Verkehr verursacht – nicht nur in Form von Geld, sondern auch von Siedlungsqualität.» Der Bund rechnet für das Gesamtprojekt, durch das die Nordumfahrung Zürich auf sechs Spuren ausgebaut wird, mit Kosten von 1,55 Milliarden Franken.

Hohe Priorität

Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh betonte, der Gubrist-Ausbau habe für den Regierungsrat hohe Priorität. «Die Blockaden konnten gelöst werden. Ein wichtiger Punkt dieser Lösung ist der 100 Meter lange Portaldeckel.» Er ermögliche eine Siedlungs- und Landschaftsreparatur. «Mit diesem Kredit übernimmt der Kanton keine Bundesaufgabe, sondern er erfüllt Wünsche des Kantons und der Gemeinde», hielt die FDP-Regierungsrätin fest. Ein Ja sei ein wichtiges Zeichen an den Bund, aber auch an die Gemeinde Weiningen. Es handle sich um eine ausgewogene, faire Vorlage.

Matthias Scharrer



Der Autobahndeckel in Weiningen dient der Siedlungsreparatur.

Foto: PD

Bürgerliche bekämpfen «Linksdrall» in Lehrmitteln

SCHULE SVP und FDP wollen gesetzlich festschreiben, dass der Schulstoff politisch und konfessionell neutral zu sein hat. Für sie ist er zu linksdrallig.

Alarmiert durch einen Artikel in der NZZ von Ende August, gehen die Kantonalparteien von SVP und FDP in die Offensive. Kampfzone ist die Bildungspolitik. In einem gross aufgemachten Text hatte die NZZ nämlich moniert, verschiedene Lehrmittel seien mit politischen Parolen durchsetzt. So werde im Geschichtsbuch «Gesellschaften im Wandel» auf die Gewerkschaft Unia ein Loblied gesungen. Ein «antikapitalistisches und klassenkämpferisches Geraune» ziehe sich durch das gesamte Buch. Linke NGOs würden unkritisch beworben und kämen in Schulzimmern zu Auftritten, während Gewerbe- und Wirtschaftsorganisationen keinen Platz hätten.

Diesen angeblichen Linksdrall in den Schulen wollen die beiden Parteien mit zwei parlamentarischen Initiativen stoppen. Konkret verlangen sie Änderungen im Bildungs- und Volksschulgesetz sowie im Gesetz über den Lehrmittelverlag. Das Ziel ist überall dasselbe: politische und konfessionelle Neutralität im Unterricht. In der Verfassung und im Bildungsgesetz stehe dies zwar bereits, doch es bleibe tot Buchstabe, weil es an der Durchsetzung fehle, schreiben die beiden Parteien.

Inhalte austarieren

Vom Bildungsrat verlangen sie, dass er die «politische und konfessionelle Neutralität des öffentlichen Bildungswesens» sicherzustellen hat. Und neu soll im Volksschulgesetz stehen, dass die Volksschule politisch um-

strittene Inhalte zurückhaltend behandeln und unterschiedliche politische Ansichten ausgewogen darstellen muss. Die vom Bildungsrat bestellte Lehrmittelkommission soll darauf verpflichtet werden, nur politisch neutrale Lehrmittel zur Verfügung zu stellen.

Die beiden Parteien wollen zudem Lehrpersonen in die Pflicht nehmen, wenn sie auf «unterrichtergänzende Angebote von Akteuren ausserhalb der Schule» zurückgreifen. Gemeint sind NGOs wie etwa Greenpeace oder Hilfsorganisationen wie Caritas. In diesen Fällen trügen sie, die Lehrpersonen, die Verantwortung für die Lerninhalte. Sie müssten darüber wachen, dass diese Angebote politisch neutral seien und die politischen Akteure ausgewogen berücksichtigt würden. Bereits bestehende Lehrmittel seien zudem alle vier Jahre auf ihre Neutralität zu überprüfen.

CVP teilweise im Boot

SVP und FDP haben zudem eine Interpellation zum Thema eingereicht. Mitunterzeichnerin ist die CVP. Das ist insofern bemerkenswert, als die CVP mit Silvia Steiner seit 2015 die Bildungsdirektorin stellt. Steiner präsidiert von Amtes wegen den Bildungsrat, der zuständig für die Bildungsinhalte ist. In der Interpellation wollen die drei Parteien von der Regierung wissen, ob und welche Lehrmittel in den letzten fünf Jahren wegen fehlender politischer Unausgewogenheit zurückgezogen worden sind. Ausserdem fragen sie, wer genau in der Praxis zuständig sei für politisch neutrale Inhalte. Die Antwort geben sie in der Begründung der Vorstösse gleich selber. Sie glauben nicht, dass all das hinreichend geregelt ist und kontrolliert wird. Thomas Schraner

In Kürze

CAFÉ SCHOBER

Pächter geht per März 2019

Michel Péclard steigt per Ende 2019 aus dem zehnjährigen Mietvertrag für das Café Schober in der Zürcher Innenstadt aus. Er hatte die Pacht 2009 von den Betreibern der Confiserie Teuscher übernommen. In einem Communiqué nennt Péclard eine ungenügend Ertragslage als Grund fürs Aufhören. Zudem habe die Hausbesitzerin «eine andere Auffassung von kreativem Wirten». Für die 15 Angestellten fänden sich Lösungen in anderen Betrieben der Péclard-Gruppe. red

BÜLACH

Zu hohe Verluste in Wasserleitungen

Seit dem Jahr 2005 wird im Bülacher Wasserleitungsnetz mit einem System überwacht, ob die Leitungen Wasser verlieren. In den letzten Jahren habe der Verlust nun markant zugenommen, schreibt die Stadt in einer Mitteilung. Dies könne am veralteten Leckortungssystem liegen. Der Stadtrat hat deshalb einen Kredit von 200 000 Franken für ein System genehmigt, welches täglich Daten über Lecks sendet. Bisher mussten die Daten von Mitarbeitern abgeholt werden. red

BENEFIZLAUF

120 000 Franken kamen zusammen

459 Personen nahmen am Sonntag am Lauf gegen Rassismus, für Toleranz, Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit in Zürich teil – ein neuer Rekord. 120 000 Franken wurden eingenommen. Unterstützt werden vier nicht staatliche Organisationen, teilt der Gewerkschaftsbund mit. sda